

Divergierende Auffassungen

Kontext und Inhalt der Stalin-Note

Anfang der 1950er-Jahre hatten sich die Deutschen mit der Teilung ihres Landes in zwei Staaten, die einander feindlich gegenüberstehenden Lagern angehörten, keineswegs abgefunden. Zwar ließ sich die Bevölkerung der Bundesrepublik von der Vorstellung leiten, dass die politische Freiheit Vorrang vor der nationalen Einheit habe (während für die Menschen in der DDR weithin beides als ein- und dasselbe erschien), doch wurde die Wiedervereinigung allgemein für dringlich gehalten. Die Spaltung könne nicht von Dauer sein und müsse überwunden werden. Auch aus der Sicht der Kommunisten in Moskau und Ost-Berlin war sie ein vorübergehender Zustand, der so bald wie möglich beendet werden sollte. Vor diesem Hintergrund brachte die Tatsache, dass es noch keinen Friedensvertrag gab, klar zum Ausdruck, dass die Zweistaatlichkeit provisorischen Charakter hatte und dass diese durch eine bald bevorstehende Friedensregelung überwunden werde.

In der Bundesrepublik, wo die westliche Demokratie akzeptiert und die kommunistische Diktatur abgelehnt wurde, waren die maßgeblichen Politiker in Übereinstimmung mit der Bevölkerung der Ansicht, die Vereinigung müsse sich auf der Grundlage freier gesamtdeutscher Wahlen vollziehen, und die UdSSR werde irgendwann zu einem entsprechenden Angebot genötigt sein. Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Führer der Oppositionspartei SPD, Kurt Schumacher, hofften, die wachsende Stärke des Westens bzw. die innere, nicht zuletzt auch wirtschaftliche Schwäche des Sowjetsystems werde den Kreml langfristig zur Aufgabe der DDR veranlassen. In einigen bürgerlichen oder auch sozialdemokratischen Kreisen meinte man dagegen, die UdSSR lasse sich mit deutscher Verpflichtung zum Bewaffnungsverzicht oder zu militärischer Neutralität dazu bewegen, das SED-Regime im östlichen Landesteil fallen zu lassen. Diese Erwartung wurde genährt durch Äußerungen von Besatzungsoffizieren in Ost-Berlin gegenüber Gesprächspartnern aus der Bundesrepublik, Moskau habe im Grunde kein Interesse an einem kommunistischen Deutschland, sondern lege nur Wert auf eine freundliche Haltung und auf Neutralität im Ost-West-Konflikt.¹ Damit schien sich den Deutschen die Aussicht auf

1 Vgl. Hermann Graml: Die sowjetische Notenkampagne von 1952 (künftig zitiert: Graml, Die

Befreiung von den militärischen Konsequenzen des Kalten Krieges zu eröffnen, an dessen vorderster Front sie aufgrund der geografischen Verhältnisse standen.

Währenddessen hatte sich die reale Lage militärisch verschärft. Der nordkoreanische Angriff auf den südlichen Landesteil am 25. Juni 1950 hatte in Westeuropa ein Gefühl akuter Schutzlosigkeit hervorgerufen. Würden die Kommunisten nicht auch hier zur militärischen Aggression übergehen? Während in der Bevölkerung Angst grassierte, bemühten sich die Regierungen um die Fähigkeit zu hinreichender Verteidigung. Die USA begannen zu rüsten und sagten die Entsendung von Kampfverbänden zu, verlangten aber von ihren Verbündeten zugleich eigene Anstrengungen. Daran sollte sich auch die bislang entmilitarisierte Bundesrepublik beteiligen. Dort stieß die Forderung allerdings weithin auf Ablehnung. Ein großer Teil der Westdeutschen wollte aus nachvollziehbaren Gründen nichts mehr mit Militär und Krieg zu tun haben. Fast alle waren zudem in Sorge, dass die nationale Spaltung sich wesentlich vertiefen würde, sollte man künftig in beiden deutschen Staaten Soldaten zum Kampf gegeneinander rekrutieren. Als Adenauer bereit war, auf das Verlangen der Westmächte einzugehen, stand er deswegen vor großen innenpolitischen Problemen.²

Bei der Auseinandersetzung mit den Wiederbewaffnungsgegnern musste die Bundesregierung nicht zuletzt glaubhaft machen, dass sie das Ziel der Wiedervereinigung nicht aufgab, sondern nach wie vor aktiv anstrebte. Dabei war sie auf die Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte angewiesen. Diese hatten sich auf Betreiben der USA schon früher hinter die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen gestellt. Allerdings bestand zumindest in Paris kaum Interesse am Wiedererstehen eines einheitlichen Deutschlands. Die Franzosen wollten wie die anderen Nachbarvölker, die unter der Besetzung der Wehrmacht gelitten hatten, nie wieder ein starkes »Reich«. Das Vorhaben, den Deutschen erneut Waffen in die Hand zu geben, stieß in Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern ebenfalls auf heftige Gegenwehr. Die östliche Propaganda machte sich diese Lage zunutze und suchte die »Massen« diesseits und jenseits der deutschen Grenzen durch Polemik und das Bemühen der Kommunisten im Westen um Organisation des Widerstandes gegen die »Remilitarisierung Westdeutschlands« zu mobilisieren. Dabei fanden die Argumente Verwendung, die im Blick auf die jeweiligen Adressaten zweckmäßig erschienen – und zwar auch dann, wenn sie den Darlegungen anderswo widersprachen. Die durchgängige Begründung lautete, alle »demokratischen und friedliebenden« Kräfte

sowjetische Notenkampagne), in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die Legende von der verpassten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 (= Rhöndorfer Gespräche, Bd. 5), Stuttgart 1982, S. 16–37, hier S. 19 f.

2 Vgl. Gerhard Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967, S. 306–401 (künftig zitiert: Wettig, Entmilitarisierung).

müssten sich zur Wehr setzen und gegen den, wie es hieß, aggressiven westlichen »Imperialismus« kämpfen.

Die Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, für deren Armee die Beteiligung von sechs Staaten, vor allem der Bundesrepublik, vorgesehen war, und über einen »Generalvertrag«, bei dem es um die Aufhebung fast aller Besatzungsrechte und die Zuerkennung weitgehender politischer Selbstständigkeit an die westdeutsche Seite ging, standen Anfang 1952 vor dem Abschluss.³ Beide Vorhaben bedeuteten eine eindeutige und enge Anbindung Westdeutschlands an die Westmächte. Vor diesem Hintergrund richtete die UdSSR am 10. März 1952 eine – sogleich an die Presse übergebene – Note an die Westmächte. Darin unterstützte der Kreml unter Hinweis auf den »anormalen Zustand«, dass sieben Jahre nach Kriegsende »noch immer kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wurde«, ein vorangegangenes »Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der an die Vier Mächte gerichteten Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland«. Die Sowjetunion wende sich daher ihrerseits »an die Regierung der Vereinigten Staaten und ebenfalls an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit dem Vorschlag, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrags mit Deutschland zu erwägen, damit in nächster Zeit ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf vorbereitet und einer entsprechenden internationalen Konferenz zur Prüfung vorgelegt wird«.

Dieser Friedensvertrag müsse »unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands in Gestalt der gesamtdeutschen Regierung ausgearbeitet werden«. Deswegen sollten »die UdSSR, die USA, England und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen«, welche »die rascheste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern« könne. »Zur Erleichterung der Vorbereitung eines Friedensvertragsentwurfs« fügte die sowjetische Regierung einen solchen bei »zur Prüfung durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs«. Sie erklärte zugleich ihre »Bereitschaft, auch andere mögliche Entwürfe zu dieser Frage zu prüfen«, und erklärte, sie rechne damit, »auf den genannten Vorschlag eine Antwort in kürzester Frist zu erhalten«.⁴

3 Vgl. ebd., S. 402–487.

4 Sovetsko-amerikanskije otnošenija 1949–1952 (= Rossija XX vek), Dokumenty, bearb. von G.N. Sevost'janov, Moskau 2006, Dok.: Proekt noty Sovetskogo pravitel'stva pravitel'stvu SŠA. Analogičnye noty pravitel'stvam Francii i Anglii, S. 535 f. (künftig zitiert: Sovetsko-amerikanskije otnošenija). – Siehe auch Jan Foitzik (Hrsg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente, München 2012, S. 568–579 [als Anlagen zu den Politbüro-Beschlüssen vom 6. und 8.3.1952 einschließlich Nebentexten] (künftig zitiert: Foitzik, Sowjetische Interessenpolitik). – Dokumente zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 289–293

Beigefügt wurden »Grundlagen des Friedensvertrags mit Deutschland«, welche die ins Auge gefassten Bestimmungen nicht im Detail formulierten, aber das zugrunde zu legende Konzept umrissen. Am Friedensvertrag beteiligen sollten sich »Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben«. In politischer Hinsicht hieß es, dass Deutschland »als einheitlicher Staat wiederhergestellt« werden sollte, der »die Möglichkeit der Entwicklung in der Eigenschaft als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat« erhalte. Alle Streitkräfte der Besatzungsmächte hatten sich bis spätestens ein Jahr nach Abschluss des Friedensvertrags zurückzuziehen. Zugleich waren »alle ausländischen Stützpunkte auf dem Territorium Deutschlands« zu »liquidieren«. Die deutsche Seite sollte sich ihrerseits dazu verpflichten, »nicht irgendwelchen Koalitionen oder Militärbündnissen beizutreten, die sich gegen einen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat«. Die »[m]ilitärische[n] Bestimmungen« stipulierten »eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte)«, die »für die Verteidigung des Landes notwendig« seien, und die Erlaubnis zur Produktion »militärische[r] Materialien und Ausrüstungen«, soweit sie nach Umfang und Art nicht über das zur Verteidigung erforderliche Maß hinausgehen würden.

Umfangreiche Ausführungen bezogen sich auf die Verhältnisse im Innern. »Dem deutschen Volk« sollten »die demokratischen Rechte gewährleistet« werden »einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit«. Die »demokratischen Parteien und Organisationen« sollten sich frei betätigen können und »das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu nutzen«. Dagegen sollten »Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Wahrung des Friedens feindlich« gesinnt seien, nicht bestehen. Frühere Berufssoldaten einschließlich Offiziere und Generäle sowie ehemalige Nationalsozialisten sollten, soweit sie nicht durch Gerichte wegen begangener Verbrechen verurteilt worden seien, gleiche »bürgerliche und politische Rechte« erhalten »zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands«.⁵

(künftig zitiert: Dokumente zur sowjetischen Deutschlandpolitik mit Bandangabe). – Der Text der Note wird ebenso wie der aller weiteren Dokumente in dieser Publikation auf der Grundlage des russischen Originals zitiert. Er kann sich daher von der Übersetzung in den diesbezüglichen Veröffentlichungen formal unterscheiden.

5 Sovetsko-amerikanskije otnošenija, Dok.: Proekt noty Sovetskogo pravitel'stva pravitel'stvu SŠA. Analogičnye noty pravitel'stvam Francii i Anglii, S. 535 f.

In wirtschaftlicher Hinsicht wurde vorgesehen, dass Deutschland »keine Beschränkungen auferlegt« werden sollten bei der »Entwicklung seiner friedlichen Wirtschaft, die der Hebung des Wohlstands des deutschen Volkes dienen soll«. Auch »in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten« sollte es keinen Beschränkungen unterliegen.⁶ Hinsichtlich der Grenzen hieß es, dafür seien die »Beschlüsse auf der Potsdamer Konferenz« maßgebend. Demnach hatte Deutschland auf die Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße zu verzichten.⁷ Dagegen wurde festgelegt, dass das Saarland, das Frankreich abgetrennt und zu einem seinem Einfluss unterliegenden Staat gemacht hatte, zu Deutschland gehörte. Die Länder, die sich am Abschluss des Friedensvertrags beteiligten, hatten die Verpflichtung zu übernehmen, sich für die Aufnahme Deutschlands in die UNO einzusetzen.⁸

Zeitgenössische Reaktionen

Aufseiten der *Westmächte*, vor allem der USA, war schon länger mit einem sowjetischen Vorschlag dieser Art gerechnet worden. Diese Erwartung beruhte auf der Wahrnehmung, dass eine Vereinigung Deutschlands auf der Basis militärischer Neutralität große Vorteile für die UdSSR mit sich brächte. Dadurch würde nicht nur der Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung Westeuropas und der Aufbau einer gemeinsamen Armee der westeuropäischen Staaten verhindert werden. Der NATO würde zudem neben den westdeutschen Truppen auch das westdeutsche Territorium entzogen, sodass der Aufbau einer militärischen Abwehrfront nach aller

6 Ebd. – In der Endfassung der Note waren die noch im abschließenden Entwurf enthaltenen Formulierungen entfallen, dass »die deutschen Monopolzusammenschlüsse, die als Stütze des Hitler-Regimes gedient haben, die Kartelle, die Trusts, die Syndikate und andere Monopole im Bereich der Produktion, des Handels, des Bankwesens und anderer Wirtschaftsbranchen Deutschlands« zu »liquidieren« seien, dass die »unbehinderte Entwicklung der Privatinitiative und des Unternehmertums« gewährleistet werden solle, dass das Ruhrgebiet mit seiner Industrie ein unerlässlicher Bestandteil Deutschlands sei und dass Deutschland die Verpflichtung anerkenne, »auf gerechter Grundlage den Schaden zu ersetzen«, der durch die militärischen Aktionen gegen die alliierten Mächte und durch die Besetzung ihres Territoriums angerichtet worden war.

7 Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 hatte Stalin die Regierungschefs der USA und Großbritanniens mit der vollendeten Tatsache der Abtrennung dieser Gebiete konfrontiert, welche die deutsche Bevölkerung entweder aus Angst vor der Roten Armee verlassen hatte oder nach Eroberung durch sowjetische Truppen verlassen musste. Die Westmächte hatten sich veranlasst gesehen, ihre Zustimmung zur »Verwaltung« durch Polen bzw. die UdSSR zu geben.

8 Siehe *Sovetsko-amerikanskije otnošenija*, Dok.: *Osnovy mirnogo dogovora s Germaniej*, S. 537 f. – Dokumente zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Bd. 1, S. 289–293.

Voraussicht unmöglich wäre. Angesichts dessen würde die Aufrechterhaltung der amerikanischen Präsenz in Europa auf längere Sicht fraglich sein. Eine Neutralitätsregelung, so meinte man in den westlichen Hauptstädten, würde dem Westen die ihm ganz überwiegend zuneigenden Deutschen entziehen und damit die sowjetische Machtposition so sehr stärken, dass sich die damit verbundene Freigabe der DDR für den Kreml durchaus lohnen würde.

An diesem Punkt stellte sich die Frage, ob Stalin seine Lage und sein Interesse auf die gleiche Art beurteilte. Die führenden westlichen Politiker gingen, wie es scheint, von vornherein davon aus, dass er die Dinge genauso sehe wie sie – eine Einschätzung, in der sie von »vertraulich« gestreuten Äußerungen leitender Funktionäre der UdSSR und der DDR bestärkt wurden. Aus der Annahme, dass man die Dinge im Kreml genau so einschätze wie im Westen, zogen die Politiker der NATO-Länder den Schluss, eine deutsche Wiedervereinigung auf neutraler Grundlage komme für sie sogar bei demokratischen Verhältnissen im Innern nicht in Betracht, weil die machtpolitischen Vorteile unannehmbar wären, welche die Sowjetunion gewinnen würde. Vor allem schien die Bundesrepublik zur Behauptung der militärischen und politischen Position auf dem europäischen Kontinent absolut unentbehrlich zu sein, und man war auch davon überzeugt, dass ein bewaffnetes und zugleich bindungsloses Deutschland die internationale Sicherheit bedrohe.⁹ Die Erinnerung an die Zwischenkriegszeit war noch lebendig, als die Regierung in Berlin zwischen den Westmächten und der UdSSR wählen konnte. Nicht nur der Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der den Zweiten Weltkrieg eingeleitet hatte, sondern bereits der Rapallo-Vertrag, welcher der zunächst isolierten Weimarer Republik wirtschaftlichen und politischen Spielraum verschafft hatte,¹⁰ galten als prosowjetische Schritte, die künftig von vornherein ausgeschlossen werden sollten.

Bundeskanzler Adenauer lehnte die vorgeschlagenen Deutschland-Verhandlungen daher mit großem Nachdruck ab. Darauf einzugehen, war seiner Ansicht nach selbst dann gefährlich, wenn die UdSSR tatsächlich zu einer akzeptablen Wiedervereinigungsregelung bereit wäre. Adenauer zufolge musste sich die Bundesre-

9 Vgl. Graml, Die sowjetische Notenkampagne, S. 16–20, 23f., 30. – Gerhard Wettig: Die Lage in der Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik bei den Westverträgen von 1952 (künftig zitiert: Wettig, Die Lage), in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S. 58–74, hier S. 68–72 (künftig zitiert: Timmermann, Deutschlandvertrag).

10 Als Staaten, die den Siegermächten des Ersten Weltkriegs im Westen gegenüberstanden, schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 16.4.1922 den Vertrag von Rapallo, in dem sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Reparationen und ausgedehnten Handel vereinbarten. Der Vertrag war der Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen sowie – unter strenger Geheimhaltung – militärischen Zusammenarbeit.

publik zum Schutz vor der sowjetischen Macht und dem Kommunismus fest und dauerhaft in die westliche Staatengemeinschaft integrieren.¹¹ Daher stimmte er voll mit der ablehnenden Haltung der westlichen Regierungen überein.¹² Im Gespräch mit den Hochkommissaren hielten beide Seiten es nicht für restlos ausgeschlossen, dass Stalin ernstlich ins Gespräch über die Frage der deutschen Einheit kommen wolle und für die damit verbundene Neutralisierung Deutschlands einen Preis zu zahlen bereit sei. Auch und gerade dann dürfe man aber darauf nicht eingehen. Das sei eine Falle. Adenauer sah zugleich die Gefahr, dass die Bundesrepublik das im Westen aufgebaute Vertrauen verspielen, dort als unzuverlässiger Partner gelten und die unbedingt erforderliche Unterstützung gegen die UdSSR verlieren könnte. Gegenüber einheimischen Kritikern machte er geltend, man dürfe im Westen nicht den Eindruck erwecken, man sei bereit, die Westorientierung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit infrage zu stellen. Sie würde dann als bloßer Opportunismus erscheinen und für die Westmächte eine starke Versuchung schaffen, sich mit dem Kreml über Deutschland ohne Rücksicht auf deutsche Interessen zu verständigen. Auch entstände die Gefahr, dass sich in den USA isolationistische Tendenzen wieder durchsetzen könnten. Westeuropa geriete dann in eine hilflose Lage.¹³ Eine neutrale Zwischenposition Deutschlands zwischen den Blöcken kam demnach von vornherein nicht in Betracht.

In der Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und DP war die Zustimmung zu Adenauers Haltung nicht ungeteilt. Beispielsweise reagierte der zur CDU gehörende Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der in den ersten Nachkriegsjahren Deutschland die Rolle der Brücke zwischen Ost und West hatte zuweisen wollen, auf die Note mit der öffentlichen Erklärung, sie sei »ein gewichtiges politisches Ereignis«, und verband damit den Appell, »sorgsam zu prüfen«, ob sich da nicht ein Wendepunkt andeute. Man dürfe zwar die Bemühungen um den Aufbau Deutschlands und die Stärkung der freien Welt nicht vermindern, solle aber auch keine Möglichkeit versäumen, »Deutschland zur Einheit in Freiheit und zu endgültigem Frieden zu führen«. Adenauer bezichtigte ihn daraufhin des Bruchs der Kabinettsdisziplin. In einem scharfen Disput veranlasste er ihn dazu, auf weitere Extratouren zu verzichten.¹⁴

In der oppositionellen SPD bekannte man sich zwar voll zum Westen, hatte aber gegenüber der geplanten westdeutschen Wiederbewaffnung große Vorbehalte und blickte vielfach mit Sympathie auf die Idee der militärischen Neutralität. Trotzdem

11 Vgl. Graml, Die sowjetische Notenkampagne, S. 18 f.

12 Vgl. ebd., S. 24, 26 f.

13 Vgl. ebd., S. 27 f.

14 Vgl. ebd., S. 57–65.

fand die Note zunächst nur geringes Interesse, doch in den folgenden Monaten verbreitete sich in manchen Reihen der Partei der Eindruck, es handele sich vielleicht um ein ernsthaftes Angebot. Man solle es in Verhandlungen testen, um nicht eine etwaige Wiedervereinigungschance zu versäumen.¹⁵

Gustav Heinemann, der als Innenminister das Bundeskabinett im Herbst 1950 aus Protest gegen Adenauers Wiederbewaffnungskurs verlassen und sich danach um Sammlung der ablehnenden Kräfte bemüht hatte, war generell der Ansicht, zwischen den feindlichen Lagern seien bindungsfreie Staaten als Konfliktpuffer nötig. Deutschland könne erst wieder Waffen in die Hand nehmen, wenn es wieder gleichberechtigt und souverän sei, sonst drohe es zum Schlachtfeld in einem Krieg zu werden, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen würden. Die Sicherheitszusage der Westmächte mache deutsche Truppen entbehrlich. Wenn man sie aufstelle, seien alle Wege zur Wiedervereinigung langfristig verbaut, und man müsse einen Präventivkrieg der UdSSR befürchten. Durch die Stalin-Note sah Heinemann seine Einschätzung bestätigt, dass der Kreml an einer Entspannung in Europa und am Einvernehmen über Deutschland interessiert sei. Nach seiner Ansicht war der Bundeskanzler, als er auf diese Chance zur Wiedergewinnung der staatlichen Einheit nicht reagiert hatte, seiner Verantwortung vor dem deutschen Volk nicht gerecht geworden. Es sei, wie er später beklagte, ein großer Fehler gewesen, dass man stattdessen auf der Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen bestanden habe. Als erster Schritt wäre eine Vereinbarung über den Verzicht auf deutsche Beteiligung an den Militärbündnissen notwendig gewesen. Von den Wahlen hätte dann später die Rede sein können.¹⁶

Die – vor allem rückblickend geführte – *Diskussion in der westdeutschen Öffentlichkeit* wurde weithin von dem Eindruck bestimmt, die Note sei als ein ernst gemeintes Angebot zu Verhandlungen über eine Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage aufzufassen. Auch wer nicht auf den sowjetischen Vorschlag eingehen wollte, glaubte meistens, Stalin habe mit seinem Friedensvertragsangebot die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unter Opferung des SED-Regimes angestrebt, um darüber eine Neutralisierung des deutschen militärischen Potenzials zu erreichen. Er habe doch wissen müssen, dass der Verzicht auf die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis nur zu diesem Preis zu haben gewesen sei. Der Einwand der Skeptiker, wenn dies tatsächlich seine Absicht gewesen wäre, hätte er sie irgendwie zum Ausdruck bringen müssen, um auf der Gegenseite

15 Vgl. ebd., S. 24f. – Alexander Gallus: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf 2001, S. 70–74 (künftig zitiert: Gallus, Die Neutralisten).

16 Vgl. ebd., S. 76–83. – Manfred Kittel: Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958 (künftig zitiert: Kittel, Genesis), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 41. Jg. (1993), H. 3, S. 355–389, hier S. 357.

Interesse zu wecken, wurde mit dem Hinweis auf eine mögliche Verhandlungstaktik zurückgewiesen. Stalin habe seine Karten nicht vorzeitig aufdecken wollen. Welche Haltung vor diesem Hintergrund richtig sei, wurde unterschiedlich beantwortet. Das enorme Interesse der Deutschen in den 1950er-Jahren an der staatlichen Einheit habe die Anbahnung von Verhandlungen geboten erscheinen lassen, auch wenn man nicht gewusst habe, wie weit die UdSSR zu gehen bereit war. Es galt demnach, auf jeden Fall die Möglichkeit der Verständigung über die Wiedervereinigungsfrage zu testen. Dass die Bundesrepublik dabei möglicherweise nicht mit der nötigen Unterstützung der Westmächte hätte rechnen können, blieb fast immer außer Betracht.¹⁷

Wer sich zu dieser Sicht bekannte, forderte von Adenauer die Bereitschaft zu Verhandlungen über den Friedensvertrag, obwohl die Note zwar der Bundesregierung zugeschickt, aber nicht an sie, sondern an die drei Westmächte adressiert war. Soweit die Befürworter dieses Standpunktes diesen Tatbestand später einmal zur Kenntnis nahmen, rechtfertigten sie ihr Verlangen mit der Erklärung, die Bonner Politik hätte in den westlichen Hauptstädten auf Verhandlungen dringen und diesem Begehren notfalls mit öffentlichen Appellen nachhelfen müssen. Gelegentlich hieß es sogar, die westdeutsche Seite hätte sich, wenn dies erfolglos geblieben wäre, direkt um eine Verständigung mit der UdSSR bemühen sollen. Das wäre weit über die Kompetenzen der Bundesrepublik hinausgegangen. Sie unterstand dem Besatzungsregime der Westmächte und verfügte zudem gegenüber der UdSSR nicht über die nötige Macht. Sie hätte sich nicht nur ohnmächtiger Isolierung ausgesetzt, sondern sich auch gegen die rechtliche Grundlage ihrer Existenz gewandt. Wollte sie gegenüber dem Kreml etwas erreichen, musste sie ihren rechtlichen Status berücksichtigen und eng mit den westlichen Staaten zusammenwirken.

Auch wenn in der Bundesrepublik verschiedentlich eine Prüfung der sowjetischen Offerte gefordert wurde, war das Echo für den Kreml insgesamt enttäuschend. Nur wenige Medien kommentierten sie nicht ablehnend. In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) äußerte sich deren Mitherausgeber *Paul Sethe* kritisch, meinte aber, man solle den Vorschlag testen. Zustimmung zur sowjetischen Note brachten nur einige regionale Tageszeitungen sowie das einflussreiche Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« zum Ausdruck. Dessen Chefredakteur *Rudolf Augstein* nannte es verantwortungslos, dass Adenauer keine Verpflichtung gegenüber den Ostdeutschen

17 Hierzu u. a. Hermann Graml: Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat? Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland (künftig zitiert: Graml, Nationalstaat), in: VfZ, 25. Jg. (1977), H. 4, S. 821–864. – Peter März: Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten. Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und der sowjetischen Deutschlandpolitik, Frankfurt am Main 1982 (künftig zitiert: März, Die Bundesrepublik).

empfinde und einen »Kuhhandel« mit der UdSSR ablehne. Westintegration und Aufrüstung wären nur gerechtfertigt, wenn Verhandlungen die Unmöglichkeit der Wiedervereinigung bewiesen hätten.¹⁸ Der damals allgemein bekannte Neutralist *Ulrich Noack* wollte ebenfalls den Vorschlag aus Moskau positiv beantwortet sehen. Er hatte sich – mit einiger Resonanz in linksliberalen und protestantischen Kreisen – schon seit den späten 1940er-Jahren dafür eingesetzt, Deutschland aus den Blöcken herauszuhalten.¹⁹ Am 22. Dezember 1950 waren er, Gustav Heinemann, der Präsident der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau, *Martin Niemöller*, und einige andere mit einem Appell für den Frieden und gegen die Wiederaufrüstung an die Öffentlichkeit getreten. Mittels Volksabstimmung wollten sie die Einführung einer Wehrdienstpflicht, die Einbeziehung West- und Ostdeutschlands in internationale Sicherheitspakte und die Anwerbung deutscher Staatsbürger zu jeder Form von Wehrdienst verhindern. Sie legten sich auf das Nein zu einem Verteidigungsbeitrag fest, ohne von der östlichen Seite eine Gegenleistung zu verlangen. Dem blieb wie allem weiteren Bemühen um die Bildung einer einheitlichen Front gegen die Wiederbewaffnung der Erfolg versagt.²⁰ Der *Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) verweigerte im Frühjahr 1952 die Zustimmung zu dem unter anderem von Heinemann unterstützten Antrag, man müsse auf die sowjetische Deutschland-Initiative hin aktiv handeln. Auf *katholischer Seite* wurde Adenauers ablehnende Haltung fast durchweg begrüßt.²¹

Die *SED-Führung* war hinsichtlich der publizistischen Darstellung der Stalin-Note in einem Dilemma: Sie musste sie im Blick auf die Opponenten der Politik Adenauers im Westen zum ernsthaft beabsichtigten Schritt der Verständigung über die deutsche Frage erklären und zugleich im Blick auf die eigene Klientel und die Öffentlichkeit in der DDR die Gewissheit bekunden, dass die sowjetische Schutzmacht keinesfalls eine Preisgabe ihrer Herrschaft in Erwägung ziehe. Sie suchte dem doppelten Erfordernis dadurch zu entsprechen, dass sie die Note in den Kontext einer mit der UdSSR gemeinsam betriebenen Deutschland-Politik stellte, die auf der Basis der Potsdamer Vier-Mächte-Vereinbarungen von 1945 seit jeher für die Einheit eingetreten sei. »Vor und nach der Bildung der beiden deutschen Staaten« gab es demnach »mehr als [nur] eine Chance« zur Wiedervereinigung. »Eine dieser Möglichkeiten«, die bis zur »Eingliederung Westdeutschlands in das ›Verteidigungs-

18 Vgl. Gallus, *Die Neutralisten*, S. 115–124.

19 Vgl. ebd., S. 153–169.

20 Vgl. ebd., S. 167 f.

21 Vgl. Kittel, *Genesis*, S. 357 f.

system« des Westens« bestanden habe, sei der sowjetische »Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland« vom März 1952 gewesen.²²

Zu der entscheidenden Frage, welche innenpolitischen Verhältnisse im Zuge der Vereinigung vorgesehen waren, hieß es bei der SED, die sowjetische Regierung habe sich »jeder Regelung« widersetzt, »die ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus begünstigte« und auf den Prinzipien des Potsdamer Abkommens bestanden. Daher habe sie alles abgelehnt, was auf die »Liquidierung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der DDR« abzielte. Zugleich war davon die Rede, das »deutsche Volk selbst« müsse durch beide Regierungen und sonstige Organe die »Verantwortung« dafür tragen, »wie diese entscheidende nationale und internationale Frage« gelöst werden würde. »Die endgültige Bestimmung seiner Gesellschaftsordnung« sei »die Aufgabe des deutschen Volkes« gewesen, und die Wiedervereinigung habe »die unmittelbare Mitwirkung der beiden deutschen Staaten« erfordert. Deswegen habe sie nach gemeinsamer Überzeugung der UdSSR und der DDR nicht von den Besatzungsmächten »dekretiert werden« können. Die nationale Spaltung war demnach darauf zurückzuführen, dass die Westmächte und die Bonner Regierung die Schritte zur Wiedervereinigung ablehnten.²³

Nach Stalins Tod Anfang März 1953 stellten seine Nachfolger die scharfe Polemik gegen die westlichen Staaten ein und verlegten sich auf freundliche Gesten. Als Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR erteilte Georgij Malenkov der Politik maximalistischer Forderungen eine Absage und befürwortete eine Konferenz der Großmächte nach der Art der Zusammenkünfte im Jahr 1945 von Jalta und Potsdam. Das weckte in Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit die Hoffnung, es könnte zu einer Übereinkunft über die Wiedervereinigung kommen. Sie verstärkte sich, als der britische Premierminister Sir Winston Churchill sich in einer Unterhausrede am 11. Mai 1953 für ein neutrales demokratisches Deutschland aussprach.²⁴ Daraufhin erinnerte man sich in der Presse der Bundesrepublik an die – jetzt vielfach in einem günstigeren Licht erscheinende – Stalin-Note vom Vorjahr. Für Ernüchterung sorgten zunächst das sowjetische Nein zum Abschluss eines Österreich-Vertrags, der die Besetzung der Alpenrepublik beendet hätte, und dann mehr noch die Niederschlagung des Aufstandes in der DDR am 17. Juni 1953.²⁵

22 Siegfried Thomas: Die sowjetische Deutschland-Note vom 10. März 1952 – eine verpasste Chance (künftig zitiert: Thomas, Die sowjetische Deutschland-Note), in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1967: 50 Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen 1917–1967, S. 81–96, hier insbes. S. 82 f.

23 Siehe ebd.

24 Siehe Weekly Hansard, Nr. 225 (8.–14.5.1953), S. 134–144.

25 Vgl. Kittel, Genesis einer Legende, S. 358–360.